

ZWISCHENRUF

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

AUSGABE 87

II. NOVEMBERAUSGABE



Liebe Leserin, lieber Leser,

am 2./3. Dezember d.J. wollten/sollten im Plenarsaal des Bundestages Menschen mit Beeinträchtigungen mit Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen Erfahrungen austauschen. Das wäre der UN-Behindertenrechts-Konvention angemessen. Leider fällt es dem Brandschutz zum Opfer. Nun wird der Welttag der Menschen mit Behinderungen im Kleisthaus in wesentlich kleinerer Runde begangen.

Immerhin brachte DIE LINKE drei Anträge ein, die am 1. Dezember debattiert werden: Unser Vorschlag für ein Teilhabesicherungsgesetz schlägt ein einkommens- und vermögensunabhängiges Leistungsgesetz vor. Ein zweiter Antrag fordert die Konkretisierung des Nationalen Aktionsplans. Schließlich unterbreiten wir noch einen Vorschlag zum Schwerbehindertenausweis.

In Thüringen setzten sich Experten und die Landtagsfraktion der LINKEN mit unseren tourismuspolitischen Leitbildern auseinander. Die konkrete Lage im Lande und die Verbindung sozialer und wirtschaftlicher Aspekte standen im Zentrum.

Beim bundesweiten Vorlesetag hörten Weißwasseraner Kinder von mir Grimms Märchen, Rilkes „Geschichten vom lieben Gott“ und „Den braven Schüler Ottokar“.

Euer/Ihr

Teilhabesicherung jetzt!

Seit 1993 gilt auf Beschluß der UNO der 3. Dezember als „Welttag der Menschen mit Behinderungen“. Faktisch hat sich jedoch für Menschen mit Behinderung auch fünf Jahre nach Verabschiedung der UN-Behindertenrechtskonvention nicht wirklich viel getan. Daher fordert DIE LINKE jetzt, dass der 'Nationale Aktionsplan' mit konkreten Maßnahmen sowie finanziellen und materiellen Ressourcen umgesetzt wird. Dazu legt die Fraktion zwei Anträge auf den Tisch: [„Behindern ist heilbar“](#) – unser Weg in eine inklusive Gesellschaft' und [„Teilhabesicherungsgesetz vorlegen“](#), mit denen DIE LINKE zentrale Vorschläge und Forderungen der Behindertenbewegung zur Umsetzung der UN-Konvention in den Bundestag eingebracht hat und die in der kommenden Sitzungswoche im Plenum diskutiert werden.

Der von der Bundesregierung im Juni 2011 beschlossene ‚Nationale Aktionsplan‘ muss endlich dem Bundestag offiziell zugeleitet und noch im Jahr 2012 überarbeitet werden. Alle bestehenden Gesetze und Verordnungen müssen konsequent hinsichtlich ihrer Kompatibilität mit der UN-Behindertenrechtskonvention überprüft werden.

Mit ihrem Antrag für ein Teilhabesicherungsgesetz fordert DIE LINKE die volle und wirksame Teilhabe für Menschen mit Behinderungen durch bedarfsgerechte sowie einkommens- und vermögensunabhängige Ausgleichsmaßnahmen behinderungsbedingter Nachteile. Mit einem solchen Teilhabesicherungsgesetz würde eine zentrale Forderung aus der UN-Behindertenrechtskonvention und eine jahrzehntelange Kernforderung der Behindertenbewegung umgesetzt.



Ilja Seifert

TERMINE MIT ILJA SEIFERT

26. 11. 17.30 - 22 Uhr
Requiem-Gedenk-
messe für Contergan/
Grünenthalopfer
St. Johannes-Ev.-
Kirche, Auguststr. 90
Berlin

28. 11. 16.30 - 18 Uhr
Ringvorlesung über
die UN-Behinderten-
rechtskonvention Uni-
versität Hamburg, R.
221, ESA 1 Ost, Ed-
mund-Siemers- Allee 1,
Hamburg

02. 12. 10.30 - 14 Uhr
„Menschenrechte -
nicht mehr und nicht
weniger“

Veranstaltung des
Deutschen Behinder-
tenrates **zum Welttag**
von Menschen mit
Behinderung
Kleisthaus,
Mauerstr. 53, Berlin

03. 12. 11 - 16 Uhr
Fachgespräch im
Landtag Niedersach-
sen zur Umsetzung der
UN-Behinderten-
rechtskonvention
Hinrich-Wilhelm-Kopf-
Platz 1, Hannover

05. 12. 19 - 22 Uhr
64. „Kontakt-
gespräche der
Behindertenhilfe“
Altensteinstr. 51, Berlin

07.12. 11 - 18 Uhr
Konferenz des BMAS
„einfach machen - von
Bildung über Aus-
bildung in Arbeit“
Cafè Moskau, Karl-
Marx-Allee 34, Berlin

www.ilja-seifert.de

Gewalt gegen Frauen mit Handicap

Am 25. November 1960 wurden drei von vier Schwestern nach monatelanger Folter vom dominikanischen Geheimdienst umgebracht. 1981 initiierten in Erinnerung daran lateinamerikanische und karibische Feministinnen einen Gedenktag. 1999 verabschiedete die UNO eine Resolution, die den 25. November zum Internationalen Aktionstag zur Bekämpfung von jeglicher Form von Gewalt gegen Frauen erklärte (Resolution 54/134). Seitdem finden rund um dieses Datum weltweit unterschiedlichste Aktionen statt.

In Berlin wurde eine erschreckende [Studie](#) präsentiert. Auf Initiative des Weibernetz e.V. befragten Wissenschaftlerinnen der Uni Bielefeld in Deutschland erstmals repräsentativ Frauen mit Behinderungen zu ihrer Lebenssituation, zu Belastungen und Diskriminierung. 1561 Frauen zwischen 16 und 65 Jahren mit und ohne Schwerbehindertenausweis, die in Heimen oder in Haushalten leben, antworteten.

81-89 % von ihnen erlebten direkte diskriminierende Handlungen durch Personen oder Institutionen. Zwei bis dreimal häufiger als im weiblichen Bevölkerungsdurchschnitt erlitten sie in Kindheit und Jugend sexuellem Missbrauch. 25% der (heute) Frauen in Haushalten, aber 31 % der in Einrichtungen lebenden Frauen waren dem ausgesetzt! Diese sexuelle Gewalt in Kindheit und Jugend setzt sich im Erwachsenenleben fort. Auch hier waren Frauen in Einrichtungen mit 38% am stärksten betroffen.

Vor diesem skandalösen Hintergrund verdient ein Pilotprojekt von Weibernetz e.V. und „Mensch zuerst“ e.V. höchste Aufmerksamkeit. 16 Frauen aus Werkstätten für Menschen mit Behinderungen und Heimen wurden als Frauenbeauftragte „ausgebildet“.

Sie selbst sagen, das kann Frauen stark machen. Als Frauenbeauftragte schauen sie nicht nur hin und hören zu, sie beraten und begleiten zu Ämtern, nehmen an Besprechungen bei der Werkstatteleitung teil und organisieren Frauentreffen. Dieses Projekt ist leider ausgelaufen. Hier muß die Bundesregierung schnell handeln. Es geht um Geld für die Fortbildung möglichst vieler Frauen und um eine Festschreibung der Frauenbeauftragten in der Werkstättenmitwirkungsverordnung und im Heimgesetz. Und in keinem Anti-Gewalt-Programm dürfen ab sofort Frauen mit Behinderungen fehlen.

S. Kemnitz



Wie Politik verständlich wird !

Im Bundestag steht nun ein Weihnachtsbaum. Die „Lebenshilfe“ hat ihn geschenkt. Bekannte Politiker waren da. Auch Gregor Gysi und Ilja Seifert. Das sind LINKE. Herr Hüppe kam für die Regierung. Alle machen Politik für behinderte Menschen. Manche mit ihnen gemeinsam. Das muß mehr werden. Der Baum sagt das. Bei ihm stehen alle zusammen. So ist leichte Sprache. Alle verstehen.

sk



Foto: A. Nowak- rechts: H. Antretter

Regelbedarfsstufe 3

Die Linksfraktion im Landtag Sachsen-Anhalt hat in der 13. Sitzung einen Antrag (Drucksache 6/529) zur Abschaffung der Regelbedarfsstufe 3 eingebracht. Dieser forderte die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass diese Kürzung der Grundsicherung um 20% für insbesondere Menschen mit Behinderungen, die im Haushalt ihrer Angehörigen leben, zurückgenommen wird. Beschlossen wurde ein Änderungsantrag von CDU/SPD, der nur einen Prüfauftrag für 2012 vorsah, immerhin ein Jahr früher als vom Bund gewollt.

J. Bechtold

www.ilja-seifert.de

In Kürze

„Nein, jetzt mache ich weiter.- Unsere Wirtschaft ist stark...“ Mit diesen Worten untersagte Bundesministerin Ursula von der Leyen eine **Zwischenfrage** von Ilja Seifert in der **Haushaltsdebatte** am 24. November. Dennoch gelangen einige Fragen und **Kurzinterventionen**. Deren Wortlaut mit den Antworten der Minister finden Sie [hier](#).

*

Die Debatte geht weiter: Drei **Anträge der Fraktion DIE LINKE im Bundestag am 01. Dezember 2011** ab 10.30 Uhr bei PHOENIX/ARD

*

Welche Gespräche die Bundesregierung mit der Firma Grüenthal über den weiteren Umgang mit den Conterganopfern führte, wollte Ilja Seifert wissen. Die erschreckende Antwort der Bundesregierung [hier](#):

*

Auf Initiative des Büro Ilja Seifert liegt inzwischen eine **deutsche Übersetzung des „Weltbericht Behinderung 2011“** der WHO vor.

*

Auch Menschen mit Sehschwierigkeiten können jetzt „hurra“ - **das Wörterbuch für leichte Sprache** nutzen. In diesem Nachschlagewerk kann jede® auch selbst Wörter verfassen. www.hurra.de

*

Neue LesArt zum Thema **„Kindergeldabzweigung“**

Impressum/Kontakt

Büro Dr. Ilja Seifert, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 22772176
E-Mail: ilja.seifert@bundestag.de

Wahlkreisbüro:
Schulstr. 8
02826 Görlitz
Tel.: 03581 661050
E-Mail: ilja.seifert@wk.bundestag.de

Redaktionsschluss: 24.11. 2011
Redaktion: S. Kemnitz